Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 8.40, auswärts M. 8.70 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 40 Pfg., bei mehrmaliger, Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Fernsprecher 29

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises für evtl. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto Stuttgart 5113.

Nr. 88 — Freitag den 16. April 1920 — 94. Jahrgang

Der Reichswehrminister gegen die Unabhängigen

Auch in der Mittwoch-Sitzung wurde wieder schweres Geschütz aufgefahren. Ein lärmender Zusammenstoß zwischen dem Volksparteiler Dr. Kahl u. dem Justizminister Blunck der in der vorhergehenden Sitzung den nicht ganz stichhaltigen Begriff von der Staatsnotwehr konstruiert hatte. Das Ereignis des Tages aber war die Auseinandersetzung zwischen dem Reichswehrminister und den Unabhängigen. Der Abgeordnete Braß verliest eine lange Liste angeblicher Greueltaten der Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet, mit dem Kernstück, daß eine Besetzung seitens der Entente derjenigen durch Reichswehr vorzuziehen sei. Hier hakt der Reichswehrminister ein, indem er aufgefangene Telegramme des Abg. Braß verliest, auf Grund deren der Reichsanwalt das Verfahren gegen Braß wegen Landesverrat eröffnen wird. Sehr sympathisch berührte eine Erklärung Dr. Geßlers, daß endlich mit den widerspenstigen Döberitzern aufgeräumt werden soll. Wenn man den Versicherungen des Ministers Glauben schenken darf, soll die Marinebrigade Ehrhardt nötigenfalls mit Gewalt entwaffnet werden. Hoffentlich bleibt es nicht bei der bloßen Erklärung.

Die Stimmung des Hauses war reichlich gereizt, und die Zwischenrufe fielen oft bedenklich aus dem Rahmen des parlamentarischen Anstandes.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Regierung und der 1. Beratung des Notetats.

Braß (U.S.): Es ist Schwindel, daß ein Putsch von links von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wenn ein Schutz der Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Besetzung seitens der Entente derjenigen durch Reichswehr vorzuziehen, denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterschaft (Zurufe). Die Reichswehr hat die Situation im Ruhrrevier erst geschaffen. Es ist verständlich, daß gegenüber dem militärischen Druck der Gedanke an eine Räterepublik auftauchte. Die Vollzugsräte stellten sich auf den Boden des Bielefelder Abkommens und wollten es halten. Leider übertrug man die Ausführungsbestimmungen dem General v. Watter. Die Arbeiter konnten hierauf nicht eingehen. Die Regierung scheint es ja auch eingesehen zu haben. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Aktion unterstützt. Es ist versucht worden, den Abschnittskommandos der neutralen Zone mit der Sicherheitswehr entgegenzutreten. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich flüchten müssen unter dem Schutz der Entente vor dem Wüten der Reichswehr. Die Nachrichten von einer Roten Armee südlich der Ruhr sind erlogen. Wir befinden uns in der neuen Organisation eines Kapp-Putsches. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterschaft stützen und die acht Punkte bewilligen.

Reichspostminister **Giesberts**: Meine Aufgabe im Ruhrgebiet war, alles zu versuchen, um Blutvergießen und Bürgerkrieg zu vermeiden. Ausschreitungen auf beiden Seiten verurteilten auch wir, auch das Zentrum. Bürgertum, Beamtentum und weite Kreise der Arbeiterschaft waren sich einig, daß das Schlimmste passieren müsse, wenn die Reichswehr abmarschiert, ohne daß Ordnung geschaffen wird und Ruhe herrschte. Nach den Bielefelder Verhandlungen hatte die Rote Armee kein Hauptziel mehr. Der Kapp-Putsch war erledigt. Das Nachrichtenwesen während des Putsches muß noch besonders untersucht werden.

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Ruhrgebiets darf nicht andauernd beunruhigt werden. Vor allem sind die zu entwaffnen, die ihre Waffen gegen die Verfassung und Regierung brauchen wollen. Also restlose Abgabe der Waffen! Hätte das Industriegebiet sich ruhig verhalten, so wäre der Kapp-Putsch viel schneller erledigt worden. Das Reich muß zusammengehalten werden. Die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt beweist, daß die Auseinandertreibung Deutschlands Frankreichs Ziel bleibt. Sollen wir es darin unterstützen?

Reichswehrminister **Geßler**: Wir kommen nicht aus den jetzigen Verhältnissen heraus, wenn wir die Atmosphäre des Mißtrauens nicht zerstreuen. Dazu trug die Rede des Abg. Braß nicht bei. Bei den Verhandlungen in Bielefeld wurde er ersucht, uns das Material zu geben. Er hat es nicht getan. Was er heute vorbrachte, enthält doch wenig Schlüssiges. Wie Untersuchungen anstellen, wenn wir das Material nicht haben? General v. Watter hat erklärt, er habe alles getan, um zu verhindern, daß Freikorps nach Berlin kommen. Wenn wir die Reichswehr wieder aufbauen wollen, muß man ihr auch Rechtsschutz zubilligen, der jedem Deutschen zusteht. Reformiert werden muß der Nachrichten- und der Aufklärungsdienst. Im Nachrichtendienst laufen eine Anzahl Existenzen herum, die allerdings gemeingefährlich sind. (Zuruf: Auch im nichtmilitärischen!) Damit habe ich Gott sei Dank nichts zu tun. (Heiterkeit.) Wir wollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet ziehen, aber das können wir erst, wenn das Gebiet von Waffen gesäubert ist. Eher kann keine Beruhigung eintreten.

Wenn jemand sagt, er sehe lieber die Entente als die Reichswehr einmarschieren, so kann ein solcher noch nicht einen Tropfen deutsches Blut in seinen Adern haben.

(Sehr wahr.) Wenn Herr Braß wieder nach Koblenz zur Rheinlandkommission geht, um über deutsche Dinge Auskunft zu geben — denn er geht nach Koblenz — (Hört, hört!), so soll er doch die Wahrheit sagen und nicht wieder aussagen, es ständen nicht 18 000, sondern 80 000 Mann in der neutralen Zone. (Rufe: Unerhört! Raus! Schuft! Verräter!)

Herr Braß hat auch Dokumente, die wir von ihm nicht erhalten konnten, an die Entente gegeben.

(Andauernde Pfuirufe auf allen Seiten des Hauses.) Wenn es mit einer Beruhigung bei uns ernst ist, der hat die Verpflichtung, alles Material der Regierung zu geben. Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wir hoffen, daß wir in kurzer Zeit das Ruhrgebiet militärisch in Ordnung haben. Wer will, daß wir nicht südlich der Ruhr einrücken, der sorge dafür, daß dort die Waffen abgeliefert werden. Politische Beamte sollen statt der Generale die oberste Gewalt haben. Aber diese Oberpräsidenten usw. müssen dann auch die nötige Zivilkourage haben. (Sehr richtig.) Gegen Herrn Ehrhardt ist Haftbefehl erlassen. Wir werden versuchen, die Brigade Ehrhardt im Guten aufzulösen. Wenn das nicht geht, wird sie mit Gewalt aufgelöst. Die auf Gütern in Pommern sich noch befindenden Reste von Baltikumtruppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr ausbauen. Die Truppe erwartet von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo!) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank. Eine parlamentarische Kommission muß zur Untersuchung der Greuel im Ruhrgebiet nach dort gehen. Unerhörte Greuel sind von der sogenannten Roten Armee verübt worden. Die Reichswehr wird die Scharte rasch wieder auswetzen, die ein kleiner Teil ihrer Angehörigen ihr zugefügt hat. (Lebh. Beifall.)

Schwarzer (Bayer. Volksp.): Der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet war nach unserer einmütigen Ueberzeugung eine absolute Notwendigkeit. Frankreichs Haltung war nicht gerechtfertigt. Die anderen Alliierten scheinen mehr Verständnis für die Lebensnotwendigkeit Europas zu haben.

Dr. Kahl (DVP.): Dem Reichsjustizminister fehlen wesentliche Voraussetzungen für sein Amt, das er gestern mißbraucht hat. Wir weisen seine Angriffe als unrichtig zurück. Der Reichsjustizminister hat die Aufklärung der Deutschen Volkspartei entstellt. Von einer „neuen Regierung" haben auch demokratische Blätter gesprochen. Wo war denn die alte Regierung? Unverantwortlich und leichtfertig war das Vorgehen des Herrn Ministers. Es war doch selbstverständlich, daß die „Verbrecher" und ihre Genossen einen Organisationsplan hatten. Ich kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß meine Partei weder mittelbar noch unmittelbar von dem Putsch gewußt hat. Ein Minister, der Amt und Partei durcheinanderwirft, der Anklagen ohne Beweise vorbringt, ist Vorgesetzter unseres Reichsgerichts! Es war die Rede eines Winkeladvokaten. (Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck. — Ruf: Frechheit!) Wir stehen so treu auf dem Boden der Verfassung, wie irgend einer. Unsere monarchischen Ideen wollen wir nur auf legalem Wege durch Ueberzeugen verbreiten. (Beifall rechts. — Zischen bei der Mehrheit.)

Justizminister **Blunck**: Kahl hat sich zu Verstellungen und Verdrehungen hinreißen lassen, die ich ihm nicht zugetraut hätte. Meine Feststellungen waren durchaus zutreffend. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die „Königsberger Allgemeine" druckte den Aufruf ab unter der fetten Ueberschrift „Die Deutsche Volkspartei erklärt sich zur neuen Regierung". (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Sie haben den verbrecherischen Wahnsinn der Kapp und Genossen nicht bekämpft. Sie tragen mit die Verantwortung für diesen Hochverrat. (Großer Lärm und wüste Zurufe rechts. — Präsident Fehrenbach mahnt zur Ruhe. Von seinem Platz aus biete das Haus wirklich kein Bild der Würde.) Der bei Schnitzler vorgefundene Organisationsplan bewies, daß die Putschisten mit dem sofortigen Einsetzen des Generalstreiks rechneten. Ich verbitte mir eine solch niedrige und gemeine ihren Urheber kennzeichnende Kampfesweise wie die von dem Vorredner. (Stürmische Zurufe rechts. — Präsident Fehrenbach rügt dieses Wort und verwahrt sich gegen die Angriffe der Rechten gegen seine Geschäftsführung, die in einigen Zurufen laut wurden.) Von der Affäre Braß habe ich erst durch die Rede des Reichswehrministers Kenntnis bekommen. Hochverrat kommt nicht in Frage. Wegen Landesverratsverdachts werde ich noch heute beim Reichsanwalt die nötigen Schritte tun. (Bravo!) Die Verbrecher sollen bestraft werden. Gegen gemeine Verbrechen wird unnachsichtlich eingeschritten werden. (Beifall!)

Reichsminister **Müller** erklärt das von dem Abg. Braß erwähnte Telegramm des Vorsitzenden der U. S. P. D. aus Duisburg, dessen Echtheit Braß angezweifelt hatte, für echt.

Dr. Quarck (Soz.): Die Einwohner des Maingaues haben die Reichswehr nicht nötig. Sie werden die französische Besatzung ertragen müssen.

Braß (Unabh.): Dokumente, die der Regierung nicht bekannt gewesen wären, habe ich dem französischen Journalisten nicht gegeben. Daß ich Dokumente bei meiner Anwesenheit im Ruhrgebiet der Regierung nicht gegeben habe, lag daran, daß sie nicht in meinen Händen waren. Eine Rücksprache zwischen mir und der Hohen Kommission hat am 7. April, nachmittags 4 Uhr, stattgefunden wegen der Unmöglichkeit, die Hunderttausende von Flüchtlingen im Wuppertal zu beherbergen. Im Interesse der Ruhe und Ordnung mußte erwogen werden, was geschehe, wenn die Flüchtlinge in das besetzte Gebiet überträten. Wir hörten, sie sollten interniert werden.

Falk (Dem.): Wenn Herr Braß schon im besetzten Gebiet war, warum ist er dann nicht auch zu den deutschen Behörden gegangen?

Damit schließt die Aussprache.

Der Notetat wird an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Das Reichsheimstättengesetz wird an den 24. (Wohnungs-) Ausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung morgen Nachmittag 1 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 8¼ Uhr.

Der Brand im Ruhrgebiet.

Der Bericht des württembergischen Kommissars.

Der von der Reichswehrbrigade XIII ins Ruhrgebiet entsandte Landtagsabgeordnete Oster berichtet darüber:

Aus sehr durchsichtigen Gründen war im Ruhrgebiet von gewisser Seite das Gerücht verbreitet worden, die in Dortmund und Umgebung anwesenden Truppen der Reichswehr seien Kappisten. Dasselbe Manöver der Kommunisten hat in den ersten Tagen nach Bildung der Roten Armee vielen Arbeitern das Leben gekostet. Zum Schutze wichtiger Anlagen und Gebäuden war in Dortmund eine Sicherheitswehr gebildet, die zu 60 Prozent aus organisierten Arbeitern bestand. Die Kommunisten denunzierten auch diese Wehr in den Vororten Dortmunds als Kappisten mit dem Erfolg, daß größere Abteilungen Arbeiter gegen Dortmund zogen und mit den vermeintlichen Kappisten in Kampf gerieten. Verluste an Toten und Verwundeten auf beiden Seiten. Viel zu spät wurde das Mißverständnis entdeckt, und erschüttert standen die Ueberlebenden vor den Leichen ihrer eigenen Kameraden, mit denen sie teilweise sogar in Arbeit gestanden hatten. General Haas wies ausdrücklich darauf hin, daß er und seine ihm unterstellten Truppen im Auftrag der Reichsregierung da seien, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Er müsse hierbei an den „Aufruf an die Reichswehr" erinnern. Er stellte ferner fest, daß alle Kreise der Bevölkerung stündlich und täglich Abordnungen gesandt und um Schutz gegen den fürchterlichen Terror der sogenannten Roten Garde gebeten hatten. Die Truppen hätten schon sechs Tage früher in Dortmund sein können, sie mußten jedoch die Befehle der Reichsregierung abwarten. Die ihm unterstellte Reichswehr sei vortrefflich, da er alle die Elemente aus seinem Truppenteil entfernt habe, die sich irgend etwas zu schulden kommen ließen. Im übrigen sei er der Auffassung, daß das Heer entpolitisiert werden müsse. Diesen Standpunkt habe er persönlich schon vor einem Jahr in Weimar vertreten. Diese Maßnahme sei durchaus notwendig, da sonst nachher die Regierung ein Werkzeug der Truppen sei. Die Frage, ob nach der Säuberung und dem Abzug der Truppen Ruhe eintreten werde, sei nicht so einfach zu beantworten. Die Geister dürften sich nicht so leicht beruhigen. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Presse, beruhigend zu wirken. Mit dem Zwange militärischer Machtmittel geht es auch nicht auf die Dauer. Es müsse eine Sozialisierung der Bildung eintreten, um ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Um der Wiederkehr des in den letzten Tagen herrschenden Terrors vorzubeugen, sei eine restlose Abgabe der Waffen erforderlich. Der Besitz von Waffen in den Händen einer gewalttätigen Minderheit sei eine Gefahr. Der angerichtete Schaden in Dortmund allein belaufe sich auf viele Millionen. General Haas sprach zum Schlusse der Bevölkerung Dortmunds seinen herzlichsten Dank aus für die freundliche Aufnahme und Behandlung der Reichswehr.

Anläßlich eines Grubenunglücks in Langendreer fanden 15 brave Bergleute den Tod. Der Stab der Brigade Haas hat durch freiwillige Sammlung einen größeren Geldbetrag an den Bürgermeister dort zur Unterstützung der Hinterbliebenen überweisen lassen.

*

Eine gefährliche Fälschung.

Mannheim, 14. April. **Die Pfalzzentrale meldet: Die München Augsburger Abendzeitung gibt die aufsehenerregende Meinung wieder, daß die Ausrufung der rheinischen Republik nur eine Frage von Tagen sei. Die überwiegende Mehrheit des Pfälzer Volkes sehne den Tag herbei, an dem die rheinische Republik proklamiert werde. Auch die längst beige-**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

legte Bauernbewegung in der Pfalz, sowie die rein wirtschaftliche Lohnbewegung des pfälzer Verkehrspersonals wird als Zeichen dahin gedeutet, daß in der Pfalz alles zur Explosion dränge und nach Erlösung schreie. Wer die Verhältnisse in der Pfalz kennt, kann sich derartig grobe Fälschungen der Tatsachen nur dadurch erklären, daß die M.A.A. entweder einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist oder daß hier Kräfte am Werke sind, die zielbewußt und skrupellos jede Gelegenheit benutzen, um gegen die Reichsregierung Stimmung zu machen. Die pfälzische Regierung sieht in ihrer überwiegenden Mehrheit nach wie vor auf den Boden der Reichsverfassung.

Der Krieg im Vogtland.

Plauen i. V., 14. April. Die Leute des Kommunisten Hölz, die nach Auerbach geflüchtet sind, haben bei Zwotental die Eisenbahnbrücke zerstört und die Gleise gesprengt. In Schöneck wurden heute eine Anzahl Rotgardisten von Reichswehrtruppen festgenommen und ihnen größere Geldbeträge abgenommen.

Prag, 14. April. Aus Pilsen wird gemeldet: In der Nacht zum Mittwoch wurden in Asch 2 Kommunisten angehalten, die die Grenze überschreiten wollten. Sie wurden von unseren Organen entwaffnet und interniert. Kommunistische Abteilungen in Stärke von 2000 Mann befinden sich zu beiden Seiten der Straße von Klingenthal nach Mariahausen. Sie sind außer mit Handgranaten mit etwa 20 Maschinengewehren bewaffnet. Tschecho-slovakische Truppenabteilungen längs der Grenze verwehren ihnen den Uebertritt auf das Gebiet der Republik.

Plauen i. V., 14. April. Die Reichswehr ist heute, von der Bevölkerung freudig begrüßt, in Plauen eingerückt. Auch in Klingenthal sind Reichswehrtruppen eingetroffen.

Leipzig, 14. April. In dem amtlichen Bericht aus dem Vogtland heißt es u. a.: Hölz'sche Banden, die von Klingenthal heute Nacht in Kraftwagen über Auerbach angekommen sind, wurden in Rautenkranz südöstlich Auerbach, von Reichswehrtruppen in einen kurzen Kampf verwickelt. 80 Mann wurden gefangen genommen. 2 Personenkraftwagen und 4 Lastkraftwagen wurden erbeutet. Hölz entkam anscheinend in der Richtung auf Johanngeorgenstadt. — Der Kommunist Nadler in Glauchau hat gestern nachmittag gegen eine ihm seitens der dortigen Unternehmer angebotenen Zahlung von 25 000 ℳ Glauchau mit 30 Mann seiner Anhänger verlassen.

Unglaublich!

Gera (Reuß), 15. April. Die gestern hier stattgefundene Konferenz der Aktionsausschüsse und der sozialdem. Parteien, welche zu dem Falle Hölz und der daraus entstehenden Gegenaktion Stellung nahm, war von 90 Delegierten beschickt. Die Regierungen von Sachsen, Altenburg u. Sachsen-Weimar waren durch mehrere Staatsräte vertreten. Ferner waren anwesend der Präsident des thüringischen Volksrats, sowie der 2. Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Berlin, ein Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbands und der Zivilkommissar der Provinz Sachsen. In einer mehrstündigen Debatte wurde einstimmig auf die Gefahr eines neuen Militärputsches hingewiesen. Es wurden folgende Richtlinien einstimmig angenommen:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtland auf Verlangen der Arbeiterorganisationen.
2. Unter der Reichswehr und den Arbeitern ist eine Aufklärungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes einzuleiten.
3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.
4. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands sind aufzurufen, mit Hilfe der Betriebsräte den Generalstreik in ganz Deutschland zur Durchführung obiger Ziele zu propagieren.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

Berlin, 14. April. Folgende Note ist von der deutschen Regierung an die Reparationskommission gesandt worden:

Die deutsche Regierung beehrt sich den Empfang der Note der Reperationskommission vom 31. März zu bestätigen, welche die Antwort auf das Memorandum enthält, in dem um die Belassung des für Deutschlands Existenz notwendigen Schiffraums gebeten worden war. Nach dem Friedensvertrag und der dem Memorandum angeschlossenen Note der Alliierten ist es der Reparationskommission zur Pflicht gemacht, auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen, insbesondere nicht durch die Erzwingung der Friedensbedingungen Deutschland so weit zu zertrümmern, daß seine Fähigkeit, den Wiedergutmachungsverpflichtungen zu genügen, in Frage gestellt wird. Das von der deutschen Regierung überreichte Memorandum hat in kurzen Linien die wirtschaftliche Lage Deutschlands geschildert u. gezeigt, wie Deutschland ohne Belassung eines bestimmten Schiffsraums wirtschaftlich zusammenbrechen muß. Das Maritime Service, dem die deutsche Schiffahrtsdelegation dieses Memorandum vorgetragen und übergeben hat, hatte zugesagt, dasselbe mit einem entsprechenden Kommentar an die Reparationskommission weiterzuleiten. Dies ist geschehen. Die Reparationskommission hat das Memorandum für so wichtig gehalten, daß sie die deutsche Schiffahrtsdelegation nach Paris gebeten hat, um in Gegenwart des gleichfalls dort anwesenden Maritimeservice die Sache nochmals zu vertreten. Das eingangs erwähnte Schreiben der Reparationskommission lehnt jedoch nunmehr den deutschen Antrag ab mit dem Bemerken, daß keine genügenden Gründe vorgebracht seien. Die deutsche Regierung kann diese Entscheidung nicht stillschweigend hinnehmen. Obwohl nach ihrer Ansicht die bereits vorgelegte Denkschrift schon eine mehr als eindringliche Sprache führt, wird die deutsche Regierung gleichwohl weiteres zahlenmäßige Material der Reparationskommission unterbreiten. Sie wird zu gleicher Zeit nunmehr einen bestimmt formulierten Antrag dahin stellen, wie viel Schiffe, welche Art Schiffe u. für welche Zeit die Reparationskommission Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, in einer zweiten Note demnächst in diesem Sinne auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Vorsitzende der deutschen Schiffahrtsdelegation ist wegen der Fortsetzung der bisher in London geführten Verhandlungen betreffend die Ablieferung der Schiffe inzwischen unmittelbar mit dem Vorsitzenden des Maritimeservices in London in Verbindung getreten.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 14. April. Der Auswärtige Ausschuß ist heute in einer nichtöffentlichen Sitzung zu der Besprechung der schwebenden Fragen zusammengetreten. Der stellvertretende Vorsitzende, Haußmann, begrüßte den neuen Außenminister und hob das persönliche vertrauensvolle Verhältnis hervor, das zwischen dem Auswärtigen Ausschuß und dem Auswärtigen Amt unter dem bisherigen Außenminister sich gegenseitig herauszubilden begonnen habe. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Köster wies auf seine in Schleswig gesammelten Erfahrungen und den dort erwiesenen Nutzen des Zusammenwirkens aller Deutschen hin. Der Minister ersuchte um Unterstützung des Ausschusses. Reichskanzler Müller machte sodann eine Reihe von Mitteilungen über die Besetzung deutscher Städte durch französische Truppen, über die begleitenden Umstände und über die Absichten der Reichsregierung. Die anschließende Besprechung und die Beantwortung der im Ausschuß gestellten Fragen führten zu einer weitgehenden und übereinstimmenden Auffassung der durch das feindselige Vorgehen Frankreichs geschaffenen und geänderten Lage und der daraus erwachsenen Aufgaben.

Graf Bernstorff über die Friedensmöglichkeit 1917.

Berlin, 14. April. Im zweiten Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der heute nach fünfmonatiger Pause seine Arbeiten wieder aufnahm, erklärte Graf Bernstorff, er sei auch heute noch der Ansicht, daß durch eine Friedensvermittelung Wilsons ein Frieden herbeigeführt worden wäre und daß ohne den U-Bootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Wilson habe ursprünglich die Absicht gehabt, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Bemerkung Wilsons im Senat, er glaube, Amerika wäre in den Krieg gekommen, auch wenn Deutschland keine feindlichen Akte gegen Amerika vorgenommen hätte, wie sich die Dinge entwickelt haben, hätte sich auf die Ablehnung der amerikanischen Friedensvermittlung bezogen. Die Wilsonsche Forderung: freien Zugang zum Meere, habe sich nicht auf den späteren polnischen Korridor bezogen. Bernstorff glaubt nicht, daß man in Amerika an eine Gebietsabtrennung in Westpreußen dachte. Seine frühere Behauptung, General Ludendorff habe eine amerikanische Friedensvermittlung nicht gewollt, weil der U-Bootkrieg den Krieg in drei Monaten beendigt haben würde, hielt Graf Bernstorff aufrecht. Er habe die Aeußerung Ludendorffs so aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Auffassung der maßgebenden Kreise in Berlin sei. Auf eine Frage erklärt Graf Bernstorff schließlich, die Militär- und Marinestellen hätten sich überhaupt nicht politisch betätigt.

Die Verhandlungen werden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und der Entente gescheitert.

Paris, 14. April. Der „Matin" meldet: In den Verhandlungen, die in Kopenhagen im Namen Frankreichs mit russischen Volkskommissaren geführt wurden, hätten die russischen Vertreter sich geweigert, die Schulden des alten russischen Reichs gegenüber Frankreich anzuerkennen. Sie hätten die Möglichkeit von Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze Rußlands in Aussicht gestellt.

Japanischer Sieg über die Bolschewisten in Sibirien.

Amsterdam, 15. April. Wie die Blätter berichten, meldet „Eastern Service" aus Tokio: Die japanischen Truppen haben in Sibirien einen vollständigen Sieg davongetragen, Nikolsk und Chabarowsk erobert und die sibirischen Truppen bei Sletensk geschlagen. Die Bahnen im Gebiet von Wladiwostok befinden sich sämtlich in der Hand der Japaner. Diese haben erklärt, daß sie nicht an eine dauernde Besetzung denken, sondern nur die Ordnung wieder herstellen u. die Bolschewisten vernichten wollen. An der Ostküste des Baikalsees wurden die Bolschewisten von den Japanern geschlagen. Aus Japan gehen drei neue Divisionen zur Unterstützung der in Sibirien kämpfenden Truppen ab.

Die Belgier in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 14. April. Ein belgisches Bataillon traf heute nachmittag um 4 Uhr auf dem Hauptgüterbahnhof zur Verstärkung der hiesigen Garnison ein und wurde durch die gesamte französische Garnison mit festlichem Gepränge empfangen. Im Anschluß an den Empfang fand eine Parade der belgischen und der französischen Truppen auf dem Opernplatz statt.

Schließung der Universität Frankfurt.

Die Süddeutsche Zeitung meldet:

Frankfurt, 14. April. Gemäß einem Anschlag am schwarzen Brett der Universität Frankfurt gibt der Rektor bekannt, daß er leider Mitteilung machen müsse, daß alle Universitätsinstitute für die Dauer der Besetzung wegen eines bedauerlichen Vorfalls geschlossen bleiben müßten. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen einem Studenten und einem Posten der in der Universität stattgefunden hat. Die Franzosen hatten einen Teil des Universitätsgebäudes mit Truppen belegt. Ein Student, der ein Seminarzimmer aufsuchen wollte kam in Konflikt mit dem Posten, und es kam zu Tätlichkeiten zwischen den beiden, die die Schließung der Universität zur Folge hatten.

Württembergische Politik.

Um die Einwohnerwehren.

r Stuttgart, 14. April. Im Staatsanzeiger wird in einem Artikel zu der Nachricht von der Auflösung der Einwohnerwehren in Baden Stellung genommen. In Württemberg sei die mißbräuchliche Verwendung der Waffen durch die Einwohnerwehr verhindert, weil die Waffenausgabe in die Hand der Regierung gelegt ist. Für Württemberg liege kein Anlaß vor, eine neue Verfügung zu treffen. Die württ. Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt die Zerstörung jeder staatlichen Ordnung auch bei uns im Lande zur Folge haben müßte u. deshalb unmöglich ist.

Verwahrung.

r Stuttgart, 15. April. Von der Ortsgruppe Stuttgart des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird uns geschrieben: Zunehmende antisemitische Pressangriffe, die die öffentliche Meinung völlig zu vergiften drohen, nötigen uns zu folgender Erklärung: Die deutschen Juden verwahren sich auf das schärfste dagegen, mit inländischen oder ausländischen Schiebern, Wucherern u. anderen Schädlingen wirtschaftlicher oder politischer Art in einen Topf geworfen zu werden. Sie verurteilen jede Gesetzwidrigkeit und Unlauterkeit mit derselben Schärfe wie ihre christlichen Mitbürger und begrüßen das Vorgehen der Behörden gegen solche Elemente. Die Glaubensgemeinschaft ist kein Grund, Schädlinge zu verteidigen, die sich gegen die Staatsgesetze und damit auch gegen die Gebote der jüdischen Religion vergangen haben. Dagegen muß es Aufgabe der beteiligten Regierungen sein, bei der durch den Friedensschluß unhaltbar gewordenen Lage der Ostjuden eine Regelung der Ostjudenfrage herbeizuführen.

Abwanderung aus dem Staatsdienst.

r Stuttgart, 15. April. Wie das Neue Tagbl. erfährt, sind von 18 Kandidaten, die die juristische Referendarprüfung ablegten, ganze 3 Mann in den Staatsdienst eingetreten, alle übrigen haben es vorgezogen, in Privatstellungen, besonders in der Industrie, ihr Auskommen zu suchen. Eine ähnliche Erscheinung ist die, daß für eine Anzahl Amtsrichterstellen nicht einmal genügend Bewerber sich melden. Gegenüber dieser Erscheinung bei den Juristen darf wohl darauf hingewiesen werden, daß heuer etwa 140 Mediziner an der Landesuniversität ihre Prüfung ablegen, wie und wo diese unterkommen sollen, weiß kein Mensch.

Aus dem Finanzausschuß.

r Stuttgart, 15. April. Am Mittwoch trat der Finanzausschuß zur Beratung des 15. Nachtrags mit der 20 Millionen-Forderung zusammen. Der Arbeitsminister gab einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt und die Erwerbslosenfürsorge. Der Aufwand für diese betrug im Februar 1919 2,6 Millionen, im Februar 1920 dagegen 1,6 Millionen Mark. Es sei zu fürchten, daß die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit wieder zunehme. Von der Industrie werde vereinzelt geklagt, daß der Absatz sowohl im In- als auch im Ausland nachlasse. Dies hänge mit den Preisen für deutsche Waren zusammen, die sich den Weltmarktpreisen nähern. An ein Aufhören der Arbeitslosen- und der Kurzarbeiterunterstützungen könne im gegenwärtigen Augenblick nicht gedacht werden. Er habe bezüglich der Zuständigkeit für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge den Standpunkt vertreten, daß nach dem Uebergang der Finanzhoheit ans Reich auch der Aufwand für die Unterstützungen der Erwerbslosen restlos vom Reich getragen werden sollen. Nach einer Aussprache über den Nachtrag wurde ihm zugestimmt. Ernährungsminister Graf gab im Zusammenhang mit den Beratungen vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Ernährungslage. Zum Berichterstatter für den 15. Nachtrag wurde Abg. Kittler (Soz.) bestellt.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 16. April 1920.

* **Vom Rathaus.** Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 14. April ist folgendes zu berichten: Ein Gesuch der Bewohner des Armenhauses in der Haiterbacherstraße betr. Einlegung einer Hauswasserleitung wird bewilligt, falls sich die Bewohner bereit erklären, eine Abgabe von ℳ 12.— monatlich zu bezahlen. Der hiesigen Milchsammelstelle wird eine Erhöhung ihrer Vergütung gewährt; auch die städtischen Arbeiter sollen einen Stundenzuschlag von 20 ₰ während der Grabarbeiten an der Haiterbacherstraße bewilligt erhalten. Die städtische Zulage für die Körperschaftsstraßenwärter wird von 50 auf 100 ℳ rückwirkend ab 1. 3. 20 erhöht. Es liegt ein Gesuch der Firma Schnepf vor, die für den Einbau einer 4 Zimmerwohnung um Baukostenzuschuß rc. petitioniert. Der Gemeinderat beschließt, das Gesuch dem Ministerium des Innern vorzulegen und bejahenden Falls 1/3 des staatlichen Baudarlehens als Gemeindedarlehen zu bewilligen, sowie Kalksteine unentgeltlich bereitstellen zu lassen. — Auch für den Neubau der Seifenfabrik Gebr. Haar wird das erforderliche Bauholz zu der üblichen Taxe zur Verfügung gestellt. Eine längere Debatte entspinnt sich über die Frage des Ankaufs einer Feueralarm-Sirene. Der Preis eines neuen Apparates ist außerordentlich hoch; außerdem beträgt die Lieferungsfrist gegenwärtig nahezu 12 Wochen. Andererseits erscheint der Ankauf einer gebrauchten Sirene nicht sehr aussichtsreich und dabei bedenklich wegen der Anschlußschwierigkeiten. Nach lebhafter Aussprache beschließt der Gemeinderat, zunächst probeweise Angebote über gebrauchte Sirenen einzuziehen. — Das Fehlen des 12 Uhr-Mittagszugs nach Eutingen wird als ein großer Mangel empfunden. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen soll dringend um Wiedereinführung des Zugs mit Beginn des Sommerfahrplans gebeten werden, auch die Wiedereinlegung des letzten Zugs um 10 Uhr abends von Eutingen nach Nagold wäre sehr erwünscht und soll auch erbeten werden.

* **D.D.P. Nagold.** Am Mittwoch abend fand im Gasthof z. „Rößle" eine Mitgliederversammlung der D.D.P. Nagold statt. An Stelle des leider verhinderten Parteisekretärs Sonnenschein sprach Herr Professor Bauser. Er berichtete über den Vertretertag der D.D.P., der letzten Samstag in Stuttgart stattgefunden hat, wo von Konrad Haußmann u. Theodor Heuß der Kapp-Putsch ins rechte Licht gestellt wurde, über die Stellung der D.D. Partei, die sich klar bewußt ist ihrer großen Aufgabe, ein machtvoller, rechtlicher Pfeiler zu sein, an dem alle Anläufe von rechts und links, unser Vaterland im Bürgerkrieg zu vernichten, zerschellen müssen. Ueber die bürokratische, mechanische Wahlkreiseinteilung, die Calw und Neuenbürg aus unserem Wahlkreis herausreißt, wurde allgemein protestiert.

* **Schule und Reichsverfassung.** Jeder Schüler und jede Schülerin, die mit Beendigung des Schuljahres 1919/20 aus der Volksschule, Mittelschule, höhere Schule, Fortbildungsschule, Gewerbe- oder Handelsschule ausscheiden bezw. ihrer

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schulpflicht genügt haben, erhalten einen Abdruck der Reichsverfassung in einer Tasche, die mit dem Namen des Schülers zu versehen ist. Die Abdrucke werden auf Kosten des Reichs in der Reichsdruckerei hergestellt und mit den Taschen den Schulen in Bälde zugesandt.

* **Ankaufspreis für Reichssilbermünzen** ist vorläufig auf den 6fachen Betrag des Nennwerts weiter herabgesetzt worden. Die Postanstalten zahlen daher für das 1 ℳ-Stück 6 ℳ, das 2 ℳ Stück 12 ℳ, 3 ℳ Stück 18 ℳ u.s.w.

* **Lederpreissturz.** Die jüngsten Häuteversteigerungen haben den Beweis erbracht, daß die Lage auf dem Häutemarkt stark erschüttert ist. Bei der großen Versteigerung in Hamburg sind Kalbfelle etwa um ein Drittel im Wert zurückgegangen; Roßhäute haben etwa 40 und Rinderhäute 30—40% eingebüßt. Bei der Versteigerung in Stuttgart blieben die Erlöse um rund 20% unter den Sätzen zurück, die bei dem vorausgegangenen Verkauf erzielt worden sind. Kein Wunder, daß der Verkehr am Ledermarkt sich in engen Grenzen hielt. (Es scheint sich demnach zu bewahrheiten, was wir bereits gestern unter der Spitzmarke „Teure Stiefel" angedeutet hatten, nämlich ein ganz enormer Preisrückgang auf dem Häutemarkt.)

* **Zu viel Schuhe.** Die bekannte Leonberger Schuhfabrik von E. Schmalzried, mußte wieder zu einer starken Einschränkung der Arbeitszeit schreiten. Diesmal nicht wegen Mangel an Rohmaterial, sondern infolge Absatzstockung.

* **Von der Landesproduktenbörse.** Der Geschäftsbericht der Landesproduktenbörse Stuttgart für das Jahr 1919 ist ein Klagelied auf die Zwangswirtschaft und das Schiebertum. Es heißt darin: Immer mehr schwillt das Heer der Beamten der Kriegswirtschaft in Reich, Staat, Amtskörperschaften und Gemeinden an, wobei dem Staat durch Stillegung des Handels u. Gewerbes wertvolle Steuerkräfte verloren gehen. Die Verwaltungskosten in der deutschen Volkswirtschaft sind unheimlich angeschwollen. In ganz Deutschland berechnet sich dieser Aufwand auf viele Milliarden. Auf kommenden Herbst soll der Zentner Kartoffel bei der öffentlichen Bewirtschaftung auf 40 ℳ kommen. Der freie Handel würde dem Verbraucher die Kartoffeln höchst wahrscheinlich billiger liefern können. Selbst in den Kreisen der Regierung scheint man einzusehen, daß es bei der öffentlichen Bewirtschaftung nicht bleiben kann.

* **Preiserhöhung für Kunsthonig.** Nach einer Verordnung des Reichsernährungsministeriums ist der Kleinhandelspreis für das Pfund Kunsthonig auf 7.30 ℳ festgesetzt worden.

* **Freier Verkehr mit Bienenwachs.** Die Bewirtschaftung von Bienenwachs ist durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 1. April ab aufgehoben worden.

* **Eine neue Sektsteuer.** Der Nationalversammlung ist ein Steuerentwurf über eine neue Sektsteuer zugegangen. Die Flasche Sekt wird künftig mit 12 ℳ, statt bisher mit 3 ℳ besteuert. Auch der ohne Traubenwein, aus Fruchtsaft hergestellte Sekt wird versteuert, statt 60 ₰ sollen künftig 3 ℳ Steuer für die Flasche bezahlt werden.

* **Der württembergische Schwarzwaldverein** wird seine diesjährige Hauptversammlung am 27. Juni in Schramberg abhalten und zwar im evangelischen Gemeindehaus. Am Tage zuvor ist Sitzung des Hauptausschusses und daran anschließend Bankett.

* **Neue Amtsbezeichnungen bei der Verkehrsverwaltung.** Der Uebergang von Eisenbahn und Post an das Reich bringt für die Beamten der Verkehrsverwaltung auch neue Titel, oder wie man jetzt sagt, neue Amtsbezeichnungen. Der Staatsanzeiger hat ja in den letzten Wochen Tag für Tag Listen dieser Beförderungen veröffentlicht. Bei der Eisenbahnverwaltung sind folgende neuen Titel eingetreten: Die Oberfinanzräte werden Oberregierungsräte, die Finanzräte Regierungsräte. Diesen letzteren Titel erhalten auch die Vorstände und Hilfsreferenten der Generaldirektion, die Vorstände der Betriebsinspektionen und Betriebsämter, Bauinspektionen, Oberbaumaterialienverwaltung usw. Die Eisenbahnbetriebsinspektoren heißen nun Oberbahnamtmann, die Eisenbahninspektoren Eisenbahnamtmann, die Rechnungsräte Oberbahnamtmann. Die Oberbahnsekretäre, soweit sie den Titel Kanzleirat haben, werden Rechnungsräte. Die Bahnhof- und Güterverwalter, die Kassiere und Materialverwalter werden zu Oberbahnhofvorstehern, Obergütervorsteher, Oberkassenvorsteher usw. befördert, die Oberbahnsekretäre, (Buchhalter) zu Eisenbahnobersekretären, die technischen Eisenbahnsekretäre zu Eisenbahnobersekretären, die Eisenbahnassistenten (geprüfte) zu Betriebssekretären. Die Maschinisten werden zu Maschinenmeistern, die Mechaniker zu Werkführern, der Haltestellenvorsteher zum Stationsmeister, der Eisenbahngehilfe zum Eisenbahnpraktikanten 1. Kl. und der Eisenbahnanwärter zum Eisenbahnpraktikanten 2. Kl. befördert. — Auch bei der Postverwaltung ist eine Flut neuer Titel ins Land hereingeschwommen. Der Baurat wird zum Postbaurat, der Oberpostmeister zum Postdirektor, die Postbetriebsinspektoren des inneren Diensts zu Oberpostinspektoren, die des äußeren Diensts zu Bizedirektoren. Der bisherige Postinspektor heißt nun Postamtmann; war er Rechnungsrat, dann nennt er sich Oberpostinspektor. Die geprüften Postassistenten werden Betriebssekretäre, die Postunterbeamten werden alle zu Postschaffnern befördert; der Telegraphenaufseher wird zum Oberleitungsaufseher.

* **Ausgabe von Briefmarken zu 10 und 20 Mark.** Während die deutsche Reichspost früher im Gegensatz zu anderen Postverwaltungen große Zurückhaltung in der Ausgabe hochwertiger Briefmarken gezeigt hat, gelangen jetzt demnächst deutsche Briefmarken zu 10 und 20 ℳ zur Ausgabe. Erst unter Staatssekretär von Podbielski wurden Marken bis zu 5 ℳ ausgegeben, bei denen es verblieb.

* **Geklebtes Papiergeld.** Es wird darauf hingewiesen, daß es betrügerische Elemente gibt, die sich die Bestimmung über Einlieferung von zerrissenem Papiergeld bei den Banken zunutze machen. In skrupelloser Weise werden Ein- und Zweimarkscheine zerrissen und die rechte Hälfte auf der Bank umgetauscht, während die zwei linken Hälften zusammengeklebt und in den Verkehr gebracht werden. Somit verdient der Betrüger 100% an seinem Geld und der andere, der die falsch zusammen geklebten Scheine erhält, ist der Betrogene.

* **Vorsicht bei Annahme von Dienststellen im Ausland.** Wiederholt wurde schon davor gewarnt, verlockende Angebote auf Dienststellen im Auslande anzunehmen. Wie berechtigt diese Warnungen sind, geht aus einem in der „Rottenburger Zeitung" veröffentlichten Briefe eines deutschen Dienstmädchens aus Zürich hervor. In demselben heißt es: „Ich habe es mit meiner Stelle gut getroffen und bekomme reichlich und gutes Essen. Viele Mädchen, selbst bei reichen Herrschaften, klagen, daß sie sehr Hunger leiden müssen. Ich rate niemand nach Zürich zu kommen, denn es ist eine gewagte Sache. Für ein Jahr Aufenthaltsbewilligung mußte ich 30 Fr. zahlen, 36 Fr. Steuer und 47 Fr. Krankengeld! Für Zürich besteht eine Verordnung, daß kein deutsches Mädchen ihre Stelle wechseln darf! Es muß bleiben, ob es ihr gefällt, oder nicht. Andernfalls wird es sofort ausgewiesen. Läßt sich ein deutsches Mädchen das Geringste zu Schulden kommen, wird es durch die Polizei nach Deutschland befördert."

Aus dem übrigen Württemberg.

r **Stuttgart,** 15. April. Wie man hört, wird der Abg. v. Payer für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen nicht mehr kandidieren. Bei einer demokratischen Parteiversammlung in Heilbronn empfahl der Abg. Bruckmann eine Kandidatur Dr. Th. Heuss zum Reichstag.

r **Stuttgart,** 14. April. Der 28 Jahre alte Friseur Georg Burger von Buchau hat in der Zeit vom November 1918 bis Juli 1919 mit Hilfe seiner Schwester, der Buchhalterin Elisabeth Pfister, und seiner Bernieterin, der hiesigen Confiturenhändlerin Anna Hirt, einen umfangreichen Schleichhandel mit Eiern und Butter getrieben. Er kaufte die Lebensmittel in Buchau auf, ließ sie von der Pfister und der Dekadresse der Hirt hierher senden und verkaufte sie mit hohem Gewinn weiter. An einen hiesigen Unbekannten wurden einmal allein 1000 Eier, ein andermal 15 Pfund Butter zum Preise von 25 ℳ für das Pfund, nach Berlin abgesetzt. Die Wucherkammer verurteilte Burger unter Einziehung des Uebererlöses von 786 ℳ zu 14 Tagen Gefängnis und 300 ℳ Geldstrafe, die Hirt zu 5 Tagen und 100 ℳ, die Pfister zu 2 Tagen und 200 ℳ Geldstrafe.

r **Tübingen,** 15. April. Letzten Sonntag wurde während der Einsegnung der Konfirmanden in der Spitalkirche eine vor dem Portal stehende Opferbüchse gestohlen.

r **Schramberg,** 14. April. Die Vertreter der Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien richteten an den Gemeinderat folgende Forderungen: Sofortige Schaffung einer Preisprüfungsstelle, gleichmäßige Belieferung der Bevölkerung mit Holz ohne Vorschußleistung, Verteilung der Notstandswaren direkt durch die Gemeinde unter Beiziehung eines Genossenrats, Untersuchung des Schweinediebstahls im Schlachthaus, Zusammenlegung der Bäckerei- und Metzgereibetriebe zur Verbilligung der Produktions- und Verkaufspreise für Lebensmittel, Umgestaltung der Lebensmittelkommission, Veröffentlichung der Namen von überführten Wucherern und Schließung ihrer Geschäfte.

r **Kirchheim u. T.,** 15. April. In einer öffentlichen Versammlung wurde nach einem Vortrag des hiesigen Wohnungsbeamten über Wohnungsmarkt und Wohnungsnot ein Mieterverein gegründet, dem sofort zahlreiche Mitglieder beitraten.

r **Heilbronn,** 15. April. In der Wirtschaft zum Kaiserhof wurden in voriger Woche morgens 1/25 Uhr sechs Herren bei verbotenem Glücksspiel überrascht. Drei davon wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Einer der Glücksspieler ist durchgebrannt. Ein größerer Geldbetrag wurde beschlagnahmt.

r **Großbottwar,** 14. April. Der Weingärtner Johannes Kranich fand in einem seiner Weinberge ein Prachtexemplar einer Weinmorchel. Der Weingärtner schließt daraus, daß heuer ein gutes Weinjahr bevorstehe.

r **Frauenzimmern** OA. Brackenheim, 14. April. Der Bauer Gustav Binder von hier wurde nach einer peinlichen ergebnislosen Haussuchung wegen Verdachts von Schwarzschlachtungen durch Landjäger in das Amtsgerichtsgefängnis nach Brackenheim gebracht. Das erregte die Einwohner aufs höchste. Die Bauern von hier begaben sich nach Brackenheim und verhandelten in Ruhe und Ordnung mit dem Oberamtsrichter. Die Folge davon war, daß Binder freigelassen wurde.

r **Geislingen** a. St., 14. April. In der Möbelschreinerei der Geislinger Maschinenfabrik brach heute Nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr ein Brand aus, der sich rasch über den größten Teil der Fabrik verbreitete. Das große Vordergebäude und der Mittelbau standen schon um 1 Uhr in Flammen. Die Geislinger Weckerlinie war alsbald zur Stelle, auch der Automobillöschzug aus Göppingen eilte zu Hilfe herbei. Um 2 Uhr nachmittags war das Feuer auf seinen Herd beschränkt, die Gefahr für die umliegenden Gebäude, insbesondere auch das Oberamt, war um diese Stunde gebannt. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt. Ein Arbeiter wurde verletzt und von der Sanitätskolonne weggebracht. Die Löschungsarbeiten, zu denen auch der Oberamtsvorstand, Regierungsrat Beutel, erschienen war, wurden außerordentlich tatkräftig geführt. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt.

r **Vom Jagsttal,** 14. April. Die Frühjahrssaat ist nahezu beendet, das Wintergetreide zeigt einen sehr üppigen Wuchs. Der Klee steht heuer besonders schön, so daß die Milchanlieferung durch die Grünfütterung in Bälde gehoben wird. Die Obstbäume weisen einen reichen Blütenansatz auf.

r **Laupheim,** 14. April. Die jungen Biberle (Gänse) sind beim letzten Markt im Preise gefallen, sie kosten „nur" noch 26 ℳ. Immerhin noch ein schöner Preis, der aber einer Bäuerin nicht hoch genug war. Sie nahm ihre Ware (etwa 30 Stück) wieder mit heim und zwar in einem Käfig, den sie auf ihrem Bernerwägele geladen hatte. Als sie heimkam, war der Käfig wohl da, aber die Tiere waren auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Ob ein zweibeiniger Fuchs sich der Tierlein angenommen, oder ob irgend Jemand die Türe des Käfigs während der Fahrt geöffnet und so den Eingesperrten zur Freiheit geholfen hat, sei dahin gestellt. Die Türe stand mal offen und „böse Leute" sagten: „Der geschieht es ganz recht!"

Handels- und Marktberichte.

+ **Englische und deutsche Ausfuhrpolitik.** Ein lehrreiches Beispiel bietet der Vergleich deutscher und englischer Ausfuhrpolitik im Kohlengeschäft. In Deutschland war die Entwicklung so, daß die Kohlenpreise im Inland stetig stiegen und die Kohle nach dem Ausland verschleudert wurde. Erst zu Anfang d. Js. trat hierin ein Wandel zu einer kleinen Besserung ein. In England gingen sie umgekehrt zu Werke: Der Inlandspreis wurde trotz erhöhter Gestehungskosten herabgesetzt, das Ausland hat dafür die Kosten zu tragen. Wie weit England darin ging, dafür ist ein Leitartikel 1 der „Times" bezeichnend mit dem Titel: „Der Kohlenskandal", in dem es heißt: „Die Situation kann so zusammengefaßt werden, daß wir den ausländischen Kunden rupfen, um zuhause den Preis für Haushaltungskohle bedeutend unter den Produktionskosten halten zu können. So kostet britische Kohle in Rouen 10 Pfund Sterling gegen 3 Pfund in England". Bei deutscher Kohle ist es gerade umgekehrt: Holland bezahlte Ende 1919 am Weltmarkt einen durchschnittlichen Kohlenpreis von 75 Gulden, in Deutschland 31 Gulden!

Letzte Nachrichten.

Lüttwitz und Bischoff verhaftet?

Berlin, 15. April. Durch umfangreiche Ueberwachung der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Horst geglückt, des Generals Lüttwitz, sowie des Majors Bischoff habhaft zu werden. In Stolpmünden konnte ein Propagandabüro der Baltikumtruppen ausgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter starker Bedeckung nach Stettin gebracht.

Die Putschgerüchte in Pommern.

Berlin, 16. April. Zu den neuen Putschgerüchten schreibt der Berliner Lokalanzeiger, daß in Pommern Ruhe herrsche. Von den Absichten eines neuen Putschversuchs könne keine Rede sein. Der Oberpräsident der Provinz habe sich gestern auf einige Tage nach Berlin begeben, um dort Bericht zu erstatten. Wenn auch zugegeben sein möge, daß ein großer Teil der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden sei, so lehne man doch einen Putsch allgemein ab. Ernst stehe die Lage in der Provinz dagegen bezügl. der Landarbeiter aus. Hier machten sich Anzeigen bemerkbar, die auf Streik in größerem Umfang hindeuteten. Die Arbeiter, die ursprünglich selbst die Forderung nach Zwangstarifen gestellt hätten, wären jetzt mit den Zwangstarifen unzufrieden.

Auch die „Deutsche Tagesztg." erfährt aus der Provinz Pommern, daß von Putschabsichten rechtsstehender Kreise dort in keiner Weise die Rede sein könne. Auch die Ausstreuungen über die politischen Pläne des pommerschen Landbundes seien unbillige Erfindung. Die in Pommern bestehenden Unruhen kommen nur von der Hetzerei mehr oder weniger **bolschewistischer Agitatoren,** die die Regierung gewähren lasse.

Verhaftete Schieber.

Berlin, 16. April. Nach Meldungen des Berl. Lok.-Anz. aus Magdeburg sind dort wegen Preiswuchers und Verschiebung von Kartoffeln ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und 2 Händler verhaftet worden; außerdem wurden vier Schieber festgenommen, die aus dem Magdeburger Sanitätsdepot gestohlenes Sanitätsmaterial im Werte von 300 000 ℳ nach Berlin verschieben wollten.

Aerztestreik in München.

Berlin, 16. April. Wie dem Berliner Lokalanzeiger mitgeteilt wird, hat die Münchner Aerzteschaft beschlossen in einen Aerztestreik gegen das neue Krankenkassen-Gesetz zu treten.

Der Buchdruckerstreik in Bremen beendet.

Berlin, 16. April. Wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Bremen mitgeteilt wird, ist dort der seit dem 10. 3. dauernde Buchdruckerstreik nunmehr beendet.

Todesgefahr der früheren Kaiserin.

München, 13. April. Nach hier eingetroffenen Berliner Depeschen hat sich das Befinden der früheren deutschen Kaiserin so sehr verschlimmert, daß mit deren Ableben zu rechnen

Feuilleton.

Vom Opiumschmuggel.

Man schreibt uns indirekt aus London: Die durch die Presse fast täglich laufenden Mitteilungen von der Entdeckung von Kokain- und Morphinumschmuggel und den entsetzlichen Verheerungen dieser neuesten Genuß- und Betäubungsmittel für Degenerierte, machen auch die Opiumfrage von neuem aktuell. Amerika hat neuerdings seine Gesetzgebung über die Ausfuhr von Opium und Opiumprodukten verschärft. Diese Erschwerung des Opiumhandels sowie der Ausfuhr nach Amerika wird indessen in China wenig Wirkung haben. Amtliche Zahlen besagen nämlich, daß in den ersten zehn Monaten des verflossenen Jahres 250 Tonnen rohen Opiums in Amerika eingeführt worden sind. Diese Menge, im Verhältnis von sieben zu eins destilliert, ergibt 35 Tonnen Morphium und ähnliche Gifte. Nun behauptet aber die amtliche Statistik auch, daß eine Tonne Morphium für die medizinischen Jahresbedürfnisse von ganz Amerika, von Alaska bis Patagonien völlig genügen würde. Es ist ein sozusagen offenes Geheimnis, daß die übrigen in Amerika zubereiteten Opiumsprodukte in der einen oder anderen Form wieder nach China zurückfluten. England hält wohl die Opiumkonvention dem Buchstaben nach inne; es führt nach China direkt keinerlei Opiumerzeugnisse aus, es sei denn, daß sie ausschließlich Apothekerzwecken dienen. Dagegen ist es ihnen unbenommen, Opium u. andere Betäubungsmittel nach Amerika zu verkaufen. Von dort geht die englische Ware in Transit zunächst nach Japan, dann nach Korea, Dalny oder Tsingtau. Von den zuletzt genannten beiden Plätzen wird das Opium direkt ins Innere Chinas hineingeschmuggelt, von Korea aus versorgen Kargoboote die nördliche chinesische Küste mit dem begehrten Artikel. Eine Tonne Morphium reicht für 32 Millionen Einspritzungen. Man möge sich also vorstellen, welche entsetzlichen Verheerungen der geheime Handel mit Opiumprodukten in China anrichtet. Mag auch die Einfuhr von Opium in China seit 1910 amtlich verboten sein, so werden doch noch immer Hunderte von Tonnen indischen Opiums nach China gebracht. Nach Feststellungen Sir Francis Aglen sind in China 1919 nicht weniger als 21 Tonnen Opium beschlagnahmt worden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ist. Die Herzogin von Braunschweig, die Tochter der Kaiserin, ist an das Krankenlager geeilt.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 16. April. Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter an, ob Deutschland nicht den Friedensvertrag hinsichtlich der Abrüstung, der Ablieferung des Materials und der Kohlenlieferungen an Frankreich verletzt habe und welche Maßnahmen zutreffendenfalls der Oberste Rat und die britische Regierung zu ergreifen gedenken, damit Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Bonar Law antwortete, dies sei nicht eine Frage, die im Unterhaus behandelt werden könne. Die Abgeordneten sollten wissen, daß die Ausführungen des Friedensvertrags vom Botschafterrat und von der Wiedergutmachungskommission sorgfältig überwacht werden. Diese Frage werde übrigens zweifellos in der Konferenz zu San Remo zur Sprache gebracht werden.

Ruhe in Dublin.

London, 16. April. Telegramme aus Dublin melden, daß das Leben in dieser Stadt wieder normal ist. Die Arbeit ist vollständig wieder aufgenommen.

Budapest ohne Zeitungen.

Berlin, 16. April. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" haben die Herausgeber der Zeitungen in Budapest beschlossen, wegen der teuren Papierpreise, die 80 Kronen pro Kilo betragen, die Herausgabe der Zeitungen einzustellen.

Der Bergarbeiterstreik in Spanien.

Oviedo, 16. April. (Havas.) Als Protest gegen den Grubenarbeiterstreik haben die Kaufleute ihre Läden geschlossen. Die öffentlichen Dienste ruhen. Die Bevölkerung fordert die Absetzung des Zivilgouverneurs, den sie der Unfähigkeit und Nachlässigkeit bezichtigt. Der Zivilgouverneur wurde von der Regierung nach Madrid berufen.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der

Bankfirma Baer & Blend, Karlsruhe i. B.

5% Kriegsanleihe	79¾	Allgem. El. Akt.	390
4% Württemberger	93	Packetfahrt „	205
4% Bad. Eisenb. Anl.	91	Nordd. Lloyd „	200
3½% do. conv.	88	Phönix „	439
4% Bayern	88	Bad. Anilin u. Soda-Akt.	585
		Deutsche Kali-Akt.	442

Devise Schweiz 100 Franks = ℳ 1080
„ Holland 100 Gulden = ℳ 2230.

Für die Schriftleitung verantwortlich O. Richardt Nagold
Druck u. Verlag der G. W. Zaiserschen Buchdruckerei (Karl Zaiser) Nagold.

Amtliche Bekanntmachung.

1736 **Mostausschankpreise.**

Durch Erlaß der Landesversorgungsstelle vom 12. 4. ds. Js. wurde die Erhöhung des Mostausschankpreises auf 1 ℳ 50 ₰ für das Liter für den Bezirk Nagold genehmigt.

Nagold, den 14. April 1920. Oberamt: Münz.

Stadtgemeinde Nagold.

Nadelholz-Stamm-holz-Verkauf.

Aus Stadtwald Killberg und Härle kommen zum Verkauf im schriftlichen Aufstreich:

1156 Fichten, 967 Tannen, 3 Forchen mit Fm Langholz 330 I., 489 II., 521 III., 327 IV., 156 V., 5 VI. Kl., Sägholz 80 I., 76 II., 27 III. Kl.

Die bedingungslosen Angebote, in ganzen und 1/10 Prozenten der staatlichen Taxpreise ausgedrückt sind vom Bietenden unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstammholz" versehen bis spätestens

Freitag, 23. April, vormittags 11 Uhr

bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Die Eröffnung der Gebote, welcher die Bietenden anwohnen können, erfolgt zu vorstehender Zeit auf dem Rathaus, der Beschluß über den Zuschlag am gleichen Tag.

Verkaufsbedingungen, Losverzeichnisse und Offertformulare unentgeltlich von der städt. Forstverwaltung.

Nagold, 15. April 1920.

1739 **Städt. Forstverwaltung.**

Soeben erschienen:

Württ. Amtl. Taschenfahrplan

Ausgabe vom April 1920.

Vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, **Nagold.**

Württ. Forstamt Altensteig.

34 i **Jagd-Verpachtung.**

Am **Montag, den 19. April 1920,** vormittags 11 Uhr wird im Grünen Baum in Altensteig die Jagd im Staatswald Buhler mit 417 ha im öffentlichen Aufstreich verpachtet.

Ebhausen.

Verkaufe 3 junge **Ziegenböcke.**

1737 Karl Schöttle bei der Sonne.

Nagold. 1721

Verkaufe am Samstag vormittags 11 Uhr einen Wurf **Milchschweine**

Ungericht z. „Stern".

Ein jüngeres

Mädchen

findet **auf 1. Mai gute Stelle;** bei wem? sagt die Geschäftsstelle. 1688

Papp-Schachteln

in verschiedenen Größen bei G. W. Zaiser, Nagold.

Nagold.

Dienstmädchen-Gesuch.

Wegen Todesfalls wird sofort oder zum ersten Mai tüchtiges jüngeres Dienstmädchen bei gutem Lohn in kleinere Landwirtschaft gesucht. Näheres zu erfragen bei

Johs. Bechtold, Schreiner a. d. Insel.

1690

Das neue

Favorit-Moden-Album

(Frühjahr/Sommer 1920.)

Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Achtung!

Am **Sonntag den 18. April** nachmittags 2 Uhr findet im Lokal z. „Waldhorn" in Nagold eine

Zimmerer- u. Bauarbeiter-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Der bevorstehende Tarifabschluß im Baugewerbe.

1742 Referent Gauleiter H. Leuger.

Obertalheim.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Montag, den 26. April 1920

in unser Gasthaus z. „Engel" in Obertalheim freundlichst einzuladen. 1735

Lukas Kuon — Sohn des Karl Kuon, Engelwirt.

Sophie Schlotter — Tochter des Vinzenz Schlotter, Küfer.

Kirchgang 10 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Brautkränze

Schleier Sträußchen u. Kränzchen usw.

in größter Auswahl bei

1731 **Frau Frida Stickel**

Friseurgeschäft, Nagold.

Tamavino

mit und ohne Süßstoff ist der

beste Mostansatz,

jahrelang erprobt u. bewährt. Frisch eingetroffen bei

G. Eberhardt

Wildberg. 1745

Rotfelden.

Ein noch gut erhaltenes

Fahr-Rad

mit neuer Gummibereifung hat zu verkaufen 1744

Chr. Tauter

Ziegelhütte.

Thurka-

BACKPULVER

überall erhältlich

Für kranke u. schwache Kinder empfehlen wir unseren

Ia. Mediz. Lebertran

Löwen-Drogerie Gebr. Benz, Nagold.

1683 Bahnhofstr.

Nagold.

Fleischräucher
Brückenwagen
Güllenpumpen
Kartoffelquetschen

1611 empfiehlt

Johs. Werner.

Tel. 111.

Unterjettingen. 1738

Verkaufe im Auftrag am **Sonntag** zwei gute

Fahrräder

darunter eines mit **neuer Bereifung.** **Hausnummer 141.**

Verkaufe 7 junge

Gänse

einige Tage alt. 1741

Gg. Zeiler, Amtsdiener

Haiterbach.

Einige Zentner 1743

Kartoffel

kann **abgeben**

Wer? sagt die Geschäftsstelle.

Gewerbe-Verein Nagold.

Jahresversammlung,

Sonntag den 18. April, nachmittags 3 Uhr im Saale des **Gasthof zum „Rößle" hier.**

Tagesordnung:

1. Jahresbericht,
2. Kassenbericht,
3. Bericht über den Verbandstag in Stuttgart,
4. Erhöhung des Beitrags,
5. Sonstiges,
6. Erläuterungen über das Projekt der **„Waldach-Korrektion"** durch das Stadtschultheißenamt und Stadtbauamt.

Hiezu wird die gesamte Einwohnerschaft, sowie sonstige Interessenten (auch Nichtmitglieder) freundl. eingeladen.

1674 **Der Vorstand.**

Visiten-, Verlobungs- und Glückwunschkarten

empfiehlt

G. W. ZAISER
Buchdruckerei
NAGOLD

D. D. P.

Jugendgruppe.

Heute abend 8 Uhr im Nebenzimmer z. „Linde"

Mitglieder-Versammlung.

Gäste willkommen.

1746 **Der Ausschuß.**

Ehrliches fleißiges 1723

Mädchen

nicht unter 20 Jahren für Haushalt und Küche sofort

gesucht.

Friedrich Schauffelberger,

Schuhgeschäft :-: Calw.

F. C. N. von 1911.

Samstag abends 8 Uhr „Schwanen"

Monatsversamlg.

Allseit. Erscheinen erwünscht.

1. Elf Sonntag 7.45 V. Abfahrt nach Sulz a. N.

1740 Der Vorstand.

Nagold.

Tüchtiger 1713

Maler-Gehilfe

kann sofort eintreten bei

E. Hespeler, Malermstr.

Alle Bücher

Musikalien, Lehrmittel usw.

liefert

G. W. Zaiser

Buch-, Kunst- u. Musikalienhandlung

NAGOLD.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw